



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften



Werkstattgespräch: Wie verhält sich Wissenschaft in kontroversen politischen Debatten?

Aufgaben – Herausforderungen – Praxis

Dieses Diskussionspapier geht auf die Ergebnisse eines Werkstattgesprächs mit Expert/innen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Arbeitsbereichen, die an den Schnittstellen von Forschung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft arbeiten, zurück. Es fand am 3. Juni 2019 in der Geschäftsstelle der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften in Berlin statt. Daran nahmen teil: Marie-Luise Beck, Deutsches Klima-Konsortium; Martin Bujard, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung; Andreas Edel, Population Europe; Anne Faulmann, Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina; Benedikt Fecher, Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft; Gritje Hartmann, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Emily Lines, Population Europe; Patrizia Nanz, Institute for Advanced Sustainability Studies; Katja Patzwaldt, Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina; Ina Sauer, Deutsche Forschungsgemeinschaft; Cornelia Schu, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration; Guido Speiser, Max-Planck-Gesellschaft; Dorota Stasiak, Institute for Advanced Sustainability Studies; Bastian Strauch, Institute for Advanced Sustainability Studies; Matthias Tang, Institute for Advanced Sustainability Studies; Felix Wassermann, Humboldt-Universität zu Berlin; Markus Weißkopf, Wissenschaft im Dialog; Harald Wilkoszewski, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Der Wert wissenschaftlicher Arbeit wird heute nicht mehr nur nach forschungsimmanenten Qualitätskriterien, sondern verstärkt auch an ihrer gesellschaftlichen Wirkung – ihrem „Impact“ – gemessen.¹ Neben etablierten Formen an der Schnittstelle zwischen Forschung und industriellen Anwendungen sowie in Bildung und Lehre sind wissenschaftliche Einrichtungen verstärkt aufgefordert, für komplexe gesellschaftliche Sachverhalte Wissen bereitzustellen, was über eine mittlerweile breite und bewährte Palette an Formaten geschieht. Dabei sind die jeweiligen Kommunikationsfelder, in denen sich die spezifischen Zielgruppen bewegen, zu berücksichtigen.

Die Kommunikation von wissenschaftlichen Befunden und die kommunikative Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Akteuren birgt jedoch auch Risiken: Viele Wissenschaftler/innen befürchten, sich bei einer Zusammenarbeit mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft möglicherweise dem Vorwurf der Parteilichkeit auszusetzen und damit an wissenschaftlicher Glaub-

¹ Vgl. beispielsweise Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): Gestaltende Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission (= die hochschule 1/2016), Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2016.



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften



würdigkeit einzubüßen. Insbesondere bei sehr kontrovers diskutierten politischen Themen, direkten Angriffen oder versuchter Einflussnahme auf Inhalte durch Dritte ist eine eigene Stellungnahme der Wissenschaftler/innen meist nicht vermeidbar. Zudem sehen sich Wissenschaftler/innen mitunter einer für sie ungewohnten Diskussionskultur ausgesetzt, insbesondere, wenn sie es mit meinungsstarken, möglicherweise sogar medienfeindlichen oder eine wissenschaftliche Mehrheitsmeinung schlicht ablehnenden Akteuren zu tun bekommen.

Wissenschaftseinrichtungen sind in sehr unterschiedlichem Maße darauf eingestellt oder verpflichtet, sich solchen Kontroversen zu stellen beziehungsweise sich in der Kommunikation mit außerwissenschaftlichen Akteuren zu engagieren. Während einige Wissenschaftseinrichtungen einen satzungsgemäßen Auftrag zur Politikberatung (beispielsweise die Ressortforschungseinrichtungen, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft oder die wissenschaftlichen Akademien) oder zur Kooperation mit Unternehmen (Fraunhofer-Gesellschaft) haben, fühlen sich andere zuvörderst der Grundlagenforschung verpflichtet. Das gleiche gilt auch für die Wissenschaftler/innen selbst, die auf Grund ihrer beruflichen Karrierepfade oft wenig Anreiz sehen, außerhalb der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit zu kommunizieren. Zudem müssen knappe (zeitliche, finanzielle, personelle) Ressourcen für eine professionelle Vor- und Nachbereitung solcher Aktivitäten aufgewandt werden.

Angesichts des Risikos, in öffentliche Kontroversen oder PR-Krisensituationen hineingezogen zu werden, lehnen es viele Wissenschaftler/innen nicht selten ganz ab, sich überhaupt an einem Politikdialog zu beteiligen. Diesen Freiraum füllen gegebenenfalls Beratungsfirmen, selbsternannte „Expertinnen und Experten“ und Lobbyorganisationen aus, denen es deutlich leichter fällt, komplexe Inhalte stark zu vereinfachen und sich „marktgerecht“ zu verhalten, zumal sie in der Regel nicht den Selbstkontrollmechanismen der Wissenschaft unterliegen. Mit dem Verzicht auf öffentliches Engagement überlassen jedoch Einrichtungen der Wissenschaft in der Konkurrenz um die öffentliche Wahrnehmung die Deutungshoheit zu gesellschaftlich wichtigen Fragen Dritten – und dies am Ende auch zu ihrem eigenen Nachteil, wenn es um Rahmenbedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und die „Freiheit der Forschung“ sowie um finanzielle Ressourcen geht.

Obschon etwa das Wissenschaftsbarometer (WiD) zeigt, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft an sich immer noch vergleichsweise hoch ist, ist es mittlerweile kein Tabubruch



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften



mehr, öffentlich „alternative“ Evidenzbehauptungen aufzustellen, die sich einer wissenschaftlichen Überprüfung entziehen, und gleichzeitig missliebige Forschungsergebnisse pauschal zu diskreditieren. Unter den Vorzeichen des Populismus scheinen sich die Spielregeln, die Wissenschaftler/innen in der Öffentlichkeit beachten müssen, grundlegend verändert zu haben.

Wissenschaftler/innen sollten darauf nicht reagieren, indem sie sich ihrerseits „marktgerecht“ verhalten und ihre Qualitätsstandards aufweichen, sondern den Wert guter wissenschaftlicher Evidenz diskutieren, diesen in der Öffentlichkeit wieder stärker bewusst machen und volle Transparenz über ihre wissenschaftliche Methodik walten lassen. Zugleich sollte auch das eigene Auftreten in der Gesellschaft proaktiver reflektiert werden. Dies schließt auch die wissenschaftlichen Verfahren selbst ein – das Vertrauen in die Selbstkontrollmechanismen der Wissenschaft ist auch innerwissenschaftlich keineswegs unumstritten (wie es sich etwa in der sogenannten „Replikationskrise“ gezeigt hat). Wissenschaftler/innen können sich insofern nicht mehr darauf verlassen, dass ihr Alleinstellungsmerkmal hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Expertise nicht grundsätzlich hinterfragt wird. Vielmehr müssen Forschende ebenso wie die Wissenschaftseinrichtungen die Vielzahl der kommunikativen Formate passgenauer nutzen (wozu heute verstärkt auch die sozialen Medien gehören), gesellschaftliche Erwartungen systematischer in die Organisations- und Personalentwicklung integrieren und die Entwicklung neuer lernorientierter Schnittstellenformate, die den Informationsbedarf konkreter Akteure bedienen können, beginnen beziehungsweise aktiv(er) vorantreiben.

Anreizsysteme könnten Wissenschaftler/innen zu einem stärkeren Engagement motivieren, etwa durch die Aufwertung eines entsprechenden Profils in Bewerbungsverfahren. Entsprechende Trainingsangebote für Wissenschaftler/innen (beispielhaft sei hier auf ein Format des WZB verweisen, bei dem jüngere Forscher/innen zu einem Austausch mit Politiker/innen eingeladen werden), eine professionelle Infrastruktur an den Forschungseinrichtungen mit speziell auf Politikdialog geschulten Kommunikationsexpert/innen, systematische Analysen der aktuellen politischen Kommunikationsformate und ihrer Zielgruppen, Wissen über die Arbeitsweise und Informationsbedürfnisse politischer Entscheidungsträger sowie die Anschlussfähigkeit eines Themas an aktuelle gesellschaftliche Debatten sind wichtige Voraussetzungen für den Erfolg von Wissenschaftskommunikation und Gesellschaftsberatung. Insbesondere mangelt es immer noch an einem Monitoring der Wirkungen der eigenen Aktivitäten in diesem Bereich. Bei allen Schwierigkeiten, konkrete Nachwirkungen eines



Leopoldina
Nationale Akademie
der Wissenschaften



Kommunikationsgeschehens zeitnah zu messen, wird oftmals mediale Aufmerksamkeit mit Relevanz verwechselt und zu oft der Pressespiegel zum Maß des vermeintlichen Erfolgs gemacht. Wirkungsmessung setzt auf Organisationsebene auch eine klare Definition von eindeutigen Zielen und Indikatoren voraus. Insofern müssen die Vertreter/innen der Wissenschaft zunächst die grundsätzliche Frage beantworten, welche Rolle und „Mission“ Wissenschaft – und innerhalb des Gesamtsystems vor allem die konkrete Einrichtung/Organisation aufgrund ihres spezifischen Profils – in gesellschaftlichen Debatten aus ihrer jeweiligen Sicht überhaupt einnehmen sollte und kann.

Neben der internen Klärung, wie man sich als Wissenschaftsorganisation in politisch kontroversen Debatten und nicht nur dort verhalten sollte, gibt es Themen und politische Anforderungen, zu deren Beantwortung sich Wissenschaftler/innen bzw. Organisationen verstärkt in Netzwerken, Allianzen und Teams zusammenschließen sollten – die Klimaforschung und die Demografie können hierzu als Beispiel dienen.

Follow-Up-Veranstaltungen

Die hier angesprochenen Aspekte sollen auf einer Tagung Ende Januar 2020 im engen Dialog mit Expert/innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft weiter vertieft werden. Auf Grund der Bedeutung des Themas wäre sogar eine Tagungsserie in Betracht zu ziehen.

Dort soll beispielsweise die grundsätzliche Diskussion geführt werden, welche Rolle die Wissenschaft und die sehr unterschiedlichen Institutionen innerhalb des Wissenschaftssystems in einer sich verändernden Öffentlichkeit und komplexer werdenden Gesellschaft, insbesondere in stark konfliktträchtigen Politikfeldern oder Debatten, einnehmen können und sollten. Weitere Themen sollen die systemischen Faktoren der Wissenschaftskommunikation, individuelle Anreize sowie organisatorische Strukturen, methodische Fragen (Best-/Worst-Practice Methoden und Formate) oder das Agenda-Setting in der Forschungspolitik (u. a. mit Blick auf das 9. Forschungsrahmenprogramm) sein. Dabei sollte auch der Dialog mit Wissenschaftsjournalisten (WPK, Science Media Center) und anderen Zielgruppen der Wissenschaftskommunikation sowie der Wissenschaftsforschung gesucht werden, um die Erwartungen möglicher Zielgruppen an wissenschaftliche Beratung einzubeziehen.

Das Ergebnis der Tagung(en) soll dann in geeigneter Form publiziert werden (Discussion Paper, Policy Brief, etc.), um eine möglichst breite gesellschaftliche Debatte anzustoßen.